

Aussiedler sind Opfer

Interview mit Klaus Bade zu Einwanderungsfragen

17. 3. 1996

KATHOLISCHE
kirchenzeitung
FÜR DAS ERZBISTUM BERLIN

NEUE
KIRCHENZEITUNG
Die Woche am Erzbistum Hamburg

kirchenzeitung
Für das
Bistum Hildesheim

Tag des Herrn
Katholische Wochenzeitung Leipzig

Kirchenbote
WOCHENZEITUNG FÜR DAS BISTUM OSNABRÜCK

Wahlkampf macht's möglich: Aussiedler und Ausländer stehen wieder im Mittelpunkt. Fragen dazu an Klaus J. Bade, Direktor des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück, Mitglied der Gemeinsamen Kirchlichen Arbeitsgruppe Asyl – Flüchtlinge – Migration.

Frage: Die Caritasverbände in Nord- und Ostdeutschland fordern ein Ministerium für Migration, also für Zu- und Einwanderung. Brauchen wir eine zusätzliche Behörde?

Bade: Ich habe schon in den achtziger Jahren vorgeschlagen, ein entsprechendes Bundesamt einzurichten. Es sollte aber immer „für Migration und Integration“ heißen. Das sind Kehrseiten der gleichen Medaille. Ob Bundesamt oder Ministerium: neue Institutionen allein bewältigen keine Probleme. Sie müssen eingebunden sein in umfassende, durchschaubare Konzeptionen für alle Bereiche der Zuwanderung und Einwanderung. Das Ziel ist: mehr Vertrauen auf beiden Seiten – bei Einwanderern und bei der Aufnahmegesellschaft. Heute haben wir eine völlig unübersichtliche Situation, einen Wildwuchs von Gesetzen und Bestimmungen, der kaum noch durchschaubar ist. Unübersichtlichkeit aber schafft Mißtrauen und Angst.

Frage: Abschiebehaft und Abschottung in Sachen Asyl. Arbeitslosigkeit und Sozialstaat contra Aussiedler – schafft die Politik mit diesen Diskussionen nicht die Probleme, die sie lösen sollte?

Bade: Bei der Art, wie diskutiert und politisch gehandelt wird, ist das im Kern oft richtig. Man sollte vor allem nicht eine Art Sündenbock-Tausch vornehmen: Schlägst du meine Asylbewerber, schlage ich deine Aussiedler. Das ist ein sehr gefährliches Spiel. Es kommt darauf an, daß wir uns – auch im Wahlkampf – einüben in einen vernünftigen, pragmatischen Dialog zu diesen wichtigen Fragen. Und daß wir Forderungen immer an die richtigen Adressen stellen. Die richtige Adresse sind nicht die Aussiedler. Das sind die Opfer. Die Adresse ist Bonn.

Frage: Was ist zu fordern?

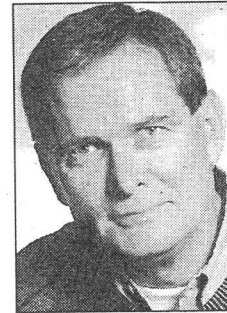
Bade: Nicht die Eingliederungshilfen herunterfahren,

sondern die Zuwandererzahlen etwas senken – nicht blockieren, sondern steuerbar machen. Das ist rechtlich schwierig, aber machbar. Man kann das auch politisch schaffen, indem man mit Vertrauen auf beiden Seiten arbeitet. Hier und in den Herkunftsgebieten, wo auch schon die Eingliederungshilfen einsetzen müssen. Zuwanderungs-Gesetzgebung und Eingliederungspolitik sind aber in einer Demokratie nicht gegen die einheimische Mehrheit durchzusetzen. Deswegen muß man um das Vertrauen dieser Mehrheit werben und nicht Abwehrhaltungen züchten.

Frage: Können die Kirchen zu diesem Konsens beitragen?

Bade: Die Kirchen regieren nicht in diesem Land. Aber sie könnten nachdrücklich und öffentlichkeitswirksam mahnen,

ihr Beratungspotential, notfalls auch ihr Protestpotential, zur Verfügung stellen. Man muß aber berücksichtigen, daß die Kirchen als umfassender Teil der Gesellschaft auch die verschiedenen Meinungen zu den Problem spiegeln. Von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, Migration



Klaus J. Bade

beider Kirchen wird in absehbarer Zeit ein Wort zu diesen Problemen zu erwarten sein.

Frage: Sie sagten, Eingliederungsarbeit solle schon in den Herkunftsgebieten beginnen. Warum?

Bade: Ein Beispiel: Es ist ganz gefährlich, wenn gerade junge Aussiedler, denen immer von den Großeltern gesagt worden ist, ihr seid Deutsche, hier nun als Russen bezeichnet werden. Sie geraten in eine schwerwiegende Identitätskrise, einen Kulturschock, erleben Desorientierung und Demotivation. Zugleich sollen sie innerhalb von sechs Monaten wettbewerbsfähige und sprachgewandte Deutsche werden. Das ist nicht möglich. Wenn sie aber in den Herkunftsgebieten besser vorbereitet würden, als das bisher der Fall ist, würden die Probleme nicht so groß sein. Wenn wir hier an der falschen Stelle sparen, kann uns mit den Aussiedlern das passieren, was der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Ende der siebziger Jahre über die Ausländer gesagt hat: „Was wir heute nicht für die Integration investieren, müssen wir später für Resozialisierung und Polizei bezahlen.“

Interview: Gerrit Schulte